

Jahresinformation für 2010 der Bundespensionskasse

Ein Großteil unserer Leserinnen und Leser hat kürzlich Post von der Bundespensionskasse bekommen. Es handelt sich um die Jahresinformation für die Zusatzpension aller Begünstigten. Was bedeutet das für Sie?

Sie finden in dieser jährlichen Information eine Darstellung über die von Ihrem Dienstgeber bezahlten Beiträge und, sofern Sie auch selbst beitragen, über die von Ihnen entrichteten Eigenbeiträge für das Jahr 2010. Ebenso ist eine Alterspensionshochrechnung auf Basis der bereits bezahlten Beiträge mit zwei verschiedenen Pensionsantrittsaltern dargestellt und erfreulicherweise auch jeweils gleich mit drei verschiedenen Varianten von (Veranlagungs-)Ergebnissen ausgewiesen. Daneben findet sich in der Jahresinformation der Bundespensionskasse auch noch eine Veranlagungsinformation. Darin wird dargestellt, wie die Veranlagung der Pensionskasse grundsätzlich gestaltet ist, wie sich die Kapitalmärkte 2010 entwickelt haben, wie hoch die Performance der letzten Jahre einzeln und im Durchschnitt gewesen ist und wie der Ausblick für 2011 gesehen wird. Besonders hinweisen möchten wir unsere Leserinnen und Leser, dass Sie mithilfe des auf der Veranlagungsinformation angedruckten Passwortes auch unterjährig quartalsweise Informationen über die Veranlagungsentwicklungen auf der Website der Bundespensionskasse (www.bundespensionskasse.at) abrufen können. Ihre Zugangsdaten finden Sie auf der Rückseite der Veranlagungsinformation, und zwar speziell in einem rosa Kästchen hervorgehoben.

Geförderte Eigenbeiträge?!

Sie überlegen, freiwillig mehr für Ihre Pension zurückzulegen? Dafür wird im Informationsmaterial der Bundespensionskasse folgende Variante hervorgehoben, die für die meisten Begünstigten eindeutig die sinnvollste ist: die Zahlung von Eigenbeiträgen unter Ausnutzung der staatlichen Prämie (nach § 108a EStG).

Weshalb? Weil auf diese Weise nicht nur Ihre bis zu einer Höhe von 1.000 Euro pro Jahr möglichen Eigenbeiträge vom Staat mit heuer bis zu 85 Euro gefördert werden, sondern auch weil die späteren Pensionsauszahlungen aus diesen geförderten Eigenbeiträgen vollkommen steuerfrei sind! Hervorzuheben ist, dass alle Veranlagungserträge der Bundespensionskasse kapitalertragsteuerfrei (KESt-frei) sind.

Und nur die wenigsten wissen: Man kann diese 1.000 Euro Prämie zusätzlich zur Prämie für die „prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge“ bzw. zur „Bausparprämie“ nützen!

Servicecenter der Bundespensionskasse:
Traugasse 14–16, 1030 Wien
Mo–Do: 9–16 Uhr, Fr 9–14 Uhr
Tel.: 01/03 07 41-1990, Fax: 01/503 07 41-1955
E-Mail: servicecenter@bundespensionskasse.at

Mag. Marcus Klug ist Vorstandsmitglied der Bundespensionskasse. Diese besteht seit über einem Jahrzehnt und veranlagt nunmehr auch die Zusatzpensionsbeiträge des Großteils aller BundesbeamtInnen und LandeslehrerInnen.



Kopfweh oder Jubelstimmung?

35

GÖD | 5_2011

Veranlagungsexperte Mag. Marcus Klug, Vorstandsmitglied der Bundespensionskasse, im Interview über seine Einschätzung der Kapitalmarktsituation 2011.

Herr Mag. Klug, wie lief es in der Veranlagung der Bundespensionskasse im ersten Quartal 2011?

Das erste Quartal war im Jänner und Februar von leicht steigenden Aktienkursen und fallenden Kursen von Staatsanleihen geprägt.

Die Erdbeben in Japan und die dadurch ausgelösten Unfälle in japanischen Atomkraftwerken führten bis Mitte März zu massiven Kursverlusten an den Aktienmärkten, die jedoch bis Ende des Quartals größtenteils wieder aufgeholt werden konnten. Wir haben die Aktienallokation bis Mitte März aus Risikomanagementgesichtspunkten daher von 24 auf 2 Prozent des Vermögens reduziert, da nicht auszuschließen war, dass der Großraum Tokio durch einen Wetterumschwung großflächig massiv verstrahlt wird, was – neben der menschlichen Katastrophe - weltweit negative Auswirkungen auf die Kapitalmärkte gehabt hätte. Glücklicherweise trat dieses Ereignis nicht ein, weshalb wir die Veranlagung in Aktien bis zum Monatsende wieder entsprechend erhöht haben.

Würden Sie empfehlen, sich privat in der jetzigen Situation Aktien, Anleihen oder andere Wertpapiere zu kaufen?

Wertpapiere bieten interessante Veranlagungsformen, aber sie erfordern, dass man sich ständig mit ihnen bzw. dem Kapitalmarktumfeld befasst. Speziell in den letzten Jahren musste man häufig sehr rasch auf neue Entwicklungen reagieren. Ich empfehle, sofern man sich nicht hauptberuflich mit Kapitalveranlagung befasst, Spezialisten zu vertrauen und sich keinesfalls von (kurzfristigen) hohen Veranlagungschancen einzelner Wertpapiere täuschen zu lassen.

Was bevorzugen Sie: Sparbuch oder Wertpapierkauf?

Ich persönlich gebe Wertpapieren den Vorzug, denn auch bei Sparbüchern gibt es unterschiedliche Angebote und Bindungsfristen. Die Nettoverzinsung – nach Steuern – liegt hier unter dem jeweiligen risikofreien Zinssatz und aktuell auch unter der Inflationsrate.

Haben die Sparbücher kurze Bindungen, bringt das zumeist – wie gerade zu sehen ist – auch niedrige Zinsen mit sich.

Entschließt man sich hingegen zu längerfristigen Sparbuchbindungen, muss der Kunde üblicherweise sogenannte „Vorschusszinsen“ zahlen, sollte er sein Kapital doch vorzeitig beheben wollen.

Im Gegensatz dazu kann man Wertpapiere börsetäglich verkaufen, und vor allem hat man bei Wertpapieren die Möglichkeit, die Qualität der Emittenten, also jene, die die Papiere auf den Markt bringen, und das Risiko-Rendite-Profil auszuwählen.

Allerdings erreicht man durch den Kauf eines einzelnen Wertpapiers keine Risikostreuung, dafür braucht es mehrere und verschiedenste Anlageklassen, was den erforderlichen Aufwand der Anlage natürlich wieder erhöht. Wertpapiere können langfristig einen höheren Ertrag liefern – man muss aber das Veranlagungsrisiko aktiv steuern und über genügend Kapital für eine ausreichende Diversifikation verfügen.

Wie sehen Sie die „Großwetterlage“ an den Kapitalmärkten bis zum Jahresende?

Unser Ausblick ist positiv, da die Unternehmen weiterhin steigende Ergebnisse berichten und sich das Wirtschaftswachstum insbesondere in den Kernländern Europas beschleunigt. Gefahren bleiben allerdings die hohe Verschuldung einzelner Staaten der Eurozone und die Erhöhung der Inflation durch den starken Anstieg der Rohstoffpreise.